

Nicaragua, Januar 2004

Bericht für die Mitgliederversammlung des Fördervereins StädtePartnerschaft Ulm – Jinotega am 20. Januar 2004

Bei der Mitgliederversammlung vor etwas mehr als einem Jahr standen in dem Bericht zur Lage in Nicaragua erste Bewertungen über die neue Regierung unter Präsident Enrique Bolaños, die Vorgänge um die Korruptionsfälle der Vorgängerregierung Arnol-do Alemáns und die so genannte Kaffeekrise im Vordergrund der Darstellungen.

Bei seinem Amtsantritt am 10. Januar 2001 verkündete der neue Präsident Enrique Bolaños, dass in Nicaragua nun eine neue Ära beginnen würde. Angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse im Lande waren daran schon damals Zweifel angebracht und ein Rückblick auf das zurückliegende Jahr berechtigt eher zu der Schlussfolgerung, dass Nicaragua wieder in die politischen Verhaltensmuster des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts zurückgefallen ist, wo politische Machtkämpfe unter interventionistischer Parteinahme der USA eine demokratische Entwicklung und das Entstehen zuverlässiger, unabhängiger staatlicher Institutionen verhindert haben und was die Bevölkerung immer mit sozialem Elend bezahlt hat.

Von einer neuen Ära also keine Rede. Die wirtschaftliche Situation ist weiterhin de-saströs, die leichte Erholung des Weltmarktpreises für Kaffee hat keine nennenswerte Verbesserung der Lage bewirkt.

Die politischen Vorgänge der jüngsten Zeit sind sehr kompliziert, wechselhaft, viel-schichtig und streckenweise von außen schwer durchschaubar, sie detailliert darzustel-len wäre abendfüllend. Deshalb sollen nur drei Vorgänge kurz beschrieben werden, die aber ein bezeichnendes Licht auf die innenpolitische Situation Nicaraguas werfen. Vorangestellt werden muss hier die generalisierende Aussage, dass sich die nicaragu-anische Innenpolitik gegenwärtig in einem fatalen Dreieck zwischen dem mit allen Mit-teln von der Mehrheit der PLC geführten Kampf um die Straffreiheit ihres Maximo Li-ders Arnaldo Alemán, der gleichermaßen mit allen Mitteln von Daniel Ortega und der Mehrheit der FSLN angestrebten erneuten Kandidatur Ortegas für das Präsidentenamt bei den Wahlen 2006 und der gegenüber den USA vasallenhaften Politik einer innen-politisch machtlosen Regierung Bolaños bewegt.

Das sicher herausragendste Ereignis des vergangenen Jahres war die Arrestierung des Expräsidenten Arnaldo Alemán wegen Korruption, Unterschlagung und Aneignung staatlicher Gelder in Millionenhöhe, Geldwäsche und einer großen Anzahl weitere da-mit verbundener Delikte. Nach Monaten des komfortablen Hausarrests in seiner Finca „El Chile“ musste Alemán seit September im Gefängnis El Modelo in der Nähe Mana-guas einsitzen, immer noch unter privilegierten Haftbedingungen. Es würde ein Buch füllen, alles zu schildern, was sich auf der politischen und juristischen Bühne im Zu-sammenhang mit dem Fall Aleman in Nicaragua abspielte. Nur so viel: Daniel Ortega hat versucht, den Fall zur Festigung seiner persönlichen Macht zu nutzen und in allen möglichen Konstellationen und Zusammenhängen politisches Poker betrieben, wenn aus seiner Sicht nützlich, auch gegen öffentliches Interesse und natürlich zur Schwä-

chung der Regierung. Dies ging so weit, dass Ortega hinter den Kulissen mit Alemán eine Neuauflage des politischen Paktes zwischen den beiden betrieb, was darin gipfelte, dass Ortega durch massive Einflussnahmen auf eine Richterin die Entlassung Alemáns aus der Gefängnishaft, Strafaussetzung und Rückführung ins komfortable Hausarrest erzwang. Am 26. November kehrte Alemán in einem triumphalen Geleitzug seiner engeren Gefolgschaft auf seine Finca „El Chile“ zurück, wo nach der Art lateinamerikanischer Gaudillos ein rauschendes Fest stattfand. Das Blatt wendete sich schnell, denn, um es kurz zu machen, der politische Wind blies plötzlich, auch von den USA mit verursacht, aus einer anderen Richtung und derselbe Ortega spielte seinen Einfluss auf die Justiz, aus und am 6. Dezember wurde Aleman wegen der genannten Delikte, die zweifelsfrei bewiesen sind, zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Ob damit Alemán nun endgültig von der politischen Bühne verschwunden ist, bleibt abzuwarten.

An dieser Stelle soll Ernesto Cardenal zitiert werden, der das Verhalten Ortegas bei diesen Vorgängen, insbesondere der Freilassung Alemáns am 26. November, drei Tage später öffentlich mit folgenden Worten anprangerte:

„ Es ist Daniel Ortega, der dies betrieben hat, er , der die Revolution zerstörte, er der die Ideale Sandinos verriet, er, der sich selbst verraten hat, der das nicaraguanische Volk verraten hat und jetzt einen Verrat mehr begeht: die Freilassung Alemáns. Das ganze Desaster, das wir gegenwärtig in Nicaragua haben, hat er zu vertreten.“

Ein zweites erwähnenswertes Ereignis ist der Besuch des US-amerikanischen Außenministers Colin Powell vom 3. und 4. November des letzten Jahres in Managua. Der Besuch Powells hatte vor allen anderen Dingen eine zentrale Institution des Landes im Visier, die Streitkräfte Nicaraguas. Im Zusammenhang mit einer von den USA verfolgten Neuordnung und strategischen Neuausrichtung der Streitkräfte aller zentralamerikanischen Länder nach US-amerikanischen Vorstellungen sollte auch über die zukünftige Rolle und Einbindung der nicaraguanischen Streitkräfte, die mit einer Gesamtstärke von rd. 12.000 Mann heute zu den kleinsten Zentralamerikas gehören, in diesem Konzept verhandelt werden. Für Präsident Bolaños eine willkommenen Möglichkeit, mit Hilfe der USA-Diplomatie politisch und parteilich Einfluss auf die von ihm wegen ihrer bis heute bewahrten sandinistischen Grundsätze, Neutralität und Verfassungstreue beargwöhnten und wenig geschätzten Streitkräfte zu gewinnen, ohne sich selbst allzu sehr in den Vordergrund setzen zu müssen. Eine zentrale Forderung, die Powell fast ultimativ auf den Tisch legte, war die nach der Vernichtung der noch aus den 80er Jahren stammenden Bestände an Luftabwehrraketen des russischen Typs SAM-7 . Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte. General Carrión erteilte dieser Forderung nach den Gesprächen mit Powell in einer öffentlichen Erklärung eine klare Absage. Eine noch während der Anwesenheit von Powell durchgeführte Blitzumfrage unter der Bevölkerung stärkte diese Position dadurch, dass sich 95% der Befragten gegen die Preisgabe dieser Defensivwaffe aussprachen. Der gesamte Vorgang zeigt zweierlei: einmal die Absicht der USA , nachdem sie politisch und ökonomisch Nicaragua wieder unter ihren Einfluss gebracht haben, dies auch auf militärischem Sektor zu vollenden und damit einen der letzten sandinistisch geprägten Bereiche unter ihre Kontrolle zu bringen und es zeigt die bereitwillige Unterordnung der Regierung Bolaños unter US-amerikanische Interessen, um die eigene Machtposition mit der Anlehnung an den mächtigen Verbündeten im Norden zu festigen. Nach der Entsendung nicaraguanischer

scher Soldaten in den Irak, der gegen Verfassungsgebote und den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung erfolgte, hat Bolaños damit ein weiteres Zeichen geringer Wertschätzung nationaler Souveränität geliefert.

Ein letzter belangreicher politischer Vorgang fand gleichfalls im Rahmen der versuchten Wiedereinsetzung des Paktes Ortega-Alemán statt und muss eine kurze Erwähnung finden. Verhandlungen zwischen der PLC und der FSLN sollten eine Verschiebung der im November dieses Jahres verfassungsgemäß statt findenden Kommunalwahlen und ihre Zusammenlegung mit den nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahre 2006 erreichen. Was vordergründig mit organisatorischen und finanziellen Argumenten rechtfertigt wurde, hatte in Wahrheit nur eines zum Ziel, die im Jahre 2000 erstmals praktizierte Trennung von den allgemeinen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen als wesentliches Element der Stärkung der Gemeindeautonomie wieder zu eliminieren und auch die Kommunalwahlen wieder wie in der Vergangenheit unter die Dominanz der beiden großen Parteien zu bringen. Damit wäre das zarte, hoffnungsvolle, sich gerade erst langsam entwickelnde Pflänzchen der Unabhängigkeit der Gemeindepolitik von den alles überdeckenden, polarisierenden Auseinandersetzungen der allgemeinen Wahlen, deren Themen nichts mit den Bedürfnissen der Gemeinden zu tun haben, wieder erstickt worden. Es waren nicht zuletzt die massiv vorgebrachte Kritik und die Bedenken der internationalen Gemeinschaft, die auch in diesem Fall den politischen Wind in eine andere Richtung lenkten. In seiner Entscheidung über diese Frage folgte das Parlament dann mehr oder weniger einer fast salomonisch anmutenden Lösung, die aus den Reihen der internationalen Gemeinschaft stammte, die Kommunalwahlen um ein Jahr auf 2005 zu verschieben. Damit ist die Absicht der beiden politischen Krämerseelen (mercachifles) Ortega und Alemán gescheitert, wie der ENVIÖ schreibt, sich durch Zusammenlegung der Wahlen, wieder der Gemeindeautonomie zu bemächtigen.

Was gibt es jenseits der Politik von La Cuculmeca zu berichten? Hier soll nicht noch einmal auf Einzelheiten der Projekte eingegangen werden, Rita hat während ihres Besuches im Mai des letzten Jahres ausführlich hierüber berichtet. Über einen Vorgang, bei dem La Cuculmeca eine wichtige Rolle spielt und der ein weiteres Beispiel für die Bedeutung des Projektes und seine enge Verbindung mit der Zivilgesellschaft der Region Jinotega liefert, soll jedoch noch informiert werden. Auf dem Gebiet der Stadt Jinotega liegt der Stausee Apanas, der von zahlreichen Flüssen des wasserreichen Gebietes gespeist wird. Der Stausee dient dem Betrieb von zwei Wasserkraftwerken, die unter dem Namen HIDROGESA im Besitz des Staates sind und diesem im Jahre 2002 Einnahmen von rund 4,5 Millionen US-Dollar erbrachten. Mindestens ebenso wichtig ist der See, sein Wassereinzugsgebiet und das unmittelbare Umland als Existenzgrundlage für etwa 30.000 Menschen. Die Wasserressourcen sind Grundlage für die umliegende Landwirtschaft, der See dient der Fischerei, ist wichtiger Verkehrsweg, ein beachtliches Potenzial für eine touristische Entwicklung und hat große Bedeutung für die Wasserversorgung der 50.000 Einwohnerstadt Jinotega. Rechtsgültige Dokumente aus dem Jahre 1786 weisen aus, dass das Gebiet des Sees und sein unmittelbares Umland Besitz der indigenen Gemeinden sind. Bereits im Jahre 1999 hatte der IWF im Rahmen seiner dem Lande abverlangten Strukturanpassungsmaßnahmen die Privatisierung, das heißt den Verkauf der Kraftwerke von HIDROGESA gefordert. In aller Heimlichkeit war die Zentralregierung dieser Forderung nachgekommen und hatte in

den Jahre 2000 / 2001 den Privatisierungsprozess eingeleitet, der schließlich in einem Vertrag mit dem US-amerikanischen Energieunternehmen Coastal-Power als Käufer gipfelte. Mitte des Jahres 2002 erfuhr die Öffentlichkeit zum ersten Mal von dem Handel und nun wurde auch erst der ganze Umfang und die ganze Tragweite des vereinbarten Verkaufes bekannt. Coastal- Power hätte auf Grund des Vertrages nämlich nicht nur die beiden Wasserkraftwerke erworben, sondern darüber hinaus alle Rechte am See und seinen Zuflüssen, und das gesamte Uferterritorium wäre ebenfalls in das Eigentum des Erwerbers übergegangen. Dies hätte bedeutet, dass die 30.000 Bewohner des betroffenen Gebietes in die totale Abhängigkeit eines ausländischen Energieunternehmens geraten wären, dass nur ein Ziel hat, möglichst viel Profit aus dem Kauf des Projekts zu ziehen. Die betroffene Bevölkerung war sich dieser unkalkulierbaren Gefährdung ihrer Existenz sofort bewusst und sah darüber hinaus im Verkauf des überwiegend in ihrem Besitz befindlichen Gebietes einen klaren Rechtsbruch.

In dieser Situation wurde La Cuculmeca zu einem wichtigen Akteur in der Formulierung und Begründung einer öffentlichen Protesterklärung, der Entwicklung einer Strategie gegen den Vollzug des Kaufvertrages und der Organisation einer Allianz, die neben der direkt betroffenen Bevölkerung eine breites Spektrum der Zivilgesellschaft Jinotega und Vertreter der lokalen politischen Institutionen umfasste. Die unter der aktiven Beteiligung von La Cuculmeca bis weit ins letzte Jahr hinein durchgeführten öffentlichen Protestaktionen, Petitionen an das Parlament und Eingaben an Politiker waren erfolgreich. Der gut begründete und gut organisierte öffentliche Druck führte im Ergebnis zu einer vollständigen Annullierung aller abgeschlossenen Verträge und dazu, dass nach einem entsprechenden Parlamentsbeschluss für die Privatisierung der HIDRO-GESA ein eigenes Gesetz beschlossen werden muss, das in angemessener Weise die Bedürfnisse und die Existenzgrundlage und vor allen Dingen die verbrieften Rechte der betroffenen Bevölkerung respektieren soll. La Cuculmeca ist weiterhin daran beteiligt, das Gesetzgebungsverfahren zu beobachten und mit dafür zu sorgen, dass alle legalen Möglichkeiten genutzt werden, dass den Interessen der Bevölkerung in diesem Gesetz auch tatsächlich Geltung verschafft wird.

Dieses Beispiel zeigt, dass auch unter den enorm schwierigen Bedingungen Nicaraguas Menschen nicht alles hinnehmen müssen, was Regierungen ihnen zumuten wollen und als Beispiel organisierten bürgerlichen Widerstandes eine der wenigen Möglichkeiten eines Ausweges aus dem politischen und sozialen Desaster des Landes darstellt. Es mehren sich die Anzeichen, dass dies an vielen Orten des Landes und von einer Reihe nicht unbedeutender Persönlichkeiten Nicaraguas erkannt wird.

08. Januar 2004

Herbert Löhr für den Förderverein
StädtePartnerschaft Ulm-Jinotega